

SCHNELL, UNBÜROKRATISCH UND MENSCHLICH!

Von Günther Kranz,
Landtagsabgeordneter der VU

Das Jahr 2007 wurde von der Regierung zum «Jahr der Familie» erklärt. Nun müssen aber konkrete Ansätze verwirklicht werden, damit den Worten auch Taten folgen können. Ein deutlicher Schritt in diese Richtung wurde von Regierungsrat Hugo Quaderer mit der Interpellationsbeantwortung zur Alterspolitik unternommen. Alterspolitik ist Familienpolitik! Alterspolitik und Familienpolitik greifen in allen Lebensbereichen und unabhängig vom Alter und vom sozialen Stand wie ein Räderwerk ineinander. Es kann kein Thema isoliert betrachtet werden. Durch die Zunahme der alten Menschen im Verhältnis zu den Jungen in den nächsten Jahrzehnten ist klar, dass die heutigen sozialen Sicherungssysteme neu überdacht werden müssen. Es ist vorauszusehen, dass in naher Zukunft schon viele Menschen im Alter ohne Kinder und Enkel leben werden und daher nicht mehr in Familien gepflegt werden können.

Selbst bei wirksamer Familienpolitik zur Steigerung der Geburtenrate sowie der Integration von kinderreichen Ausländerfamilien sind diese Trends nicht umzukehren. Der Veränderungsbedarf in der Gesellschaft ist strukturell begründet und scheint mir unausweichlich zu sein.

Wie im Kinder- und Jugendgesetz fordert die VU auch hier, dass die alterspolitischen Zielsetzungen des Staates die Festlegung der Rahmenbedingungen sein müssen, innerhalb welcher innovative Lö-

sungen zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen erarbeitet werden können. Dabei ist ein weiterer Ausbau oder Aufbau einer landesweit tätigen Organisation im Sinne einer Koordinationsstelle meines Erachtens in Anbetracht der zahlreich vorhandenen Institutionen und Organisationen, welche sich schon um ältere Mitbürger kümmert, nicht notwendig. Eher ist eine Entflechtung oder sogar ein Zusammengehen angebracht, nämlich dort, wo gleiche oder ähnliche Interessen und Angebote bestehen. Dafür scheint mir, wie von Regierungsrat Quaderer vorgeschlagen, die Schaffung eines Beirates angemessen, der für die Wahrnehmung der übergeordneten Ziele verantwortlich ist. Die Frage über die Stimmverteilung in diesem Stiftungsrat ist aus meiner Sicht in Anbetracht der künftigen Herausforderungen in der Alterspolitik nicht entscheidend. Es wäre durchaus legitim, wenn beide Finanzierer, Staat und Gemeinden, dieselbe Stimmkraft bekämen.

Das Prinzip der liechtensteini-schen Altersvorsorge mit den drei Säulen hat sich bewährt und auch die Alterssicherung der Zukunft sollte mehrsäulig gestaltet sein. Präventive, stationäre und ambulante Alterspflege sind dabei die Schlagworte. Ich könnte mir vorstellen, dass der Seniorenbund sich in dieses System gut integrieren lässt und zusätzlich mit zielgerichteten Aufgaben für unsere Senioren ausgestattet werden könnte. Damit die geleisteten Dienste den effektiven Bedürfnissen der älteren Bevölkerung entsprechen, sind die Gemeinden weiterhin aufgefordert, kommunale Alters-



VU-Abgeordneter Günther Kranz: «Um die familiäre Pflege möglichst erhalten zu können, sind Massnahmen notwendig, wie beispielsweise die Unterstützung und Entlastung des familiären Pflegenetzes. Dafür braucht es genügend professionelles Fachpersonal mit Herz.»

Bild Elma Velagic

planung zu betreiben und in Absprache mit der Regierung umzusetzen.

Altersarbeit geschieht vor allem in den Gemeinden, die Koordinationsstellen für die Belange der Senioren eingerichtet haben, um zum wesentlichen Teil die Dienste der KBA aus früherer Zeit zu ersetzen. Die Akzeptanz dieser Koordinationsstellen und deren Wirkungsbreite sind heute fester Bestandteil in der Seniorenarbeit auf Gemeindeebene. Gerade diese Beratungs- und Unterstützungsstellen sind eine ideale Ergänzung zu den heutigen KBA-Kernaufgaben. Diese Kernaufgaben scheinen

mir einleuchtend, müssen aber durch die in der ambulanten Pflege tätigen Organisationen und Institutionen kritisch überprüft, und wo nötig, angepasst werden.

Die heutige Langlebigkeit und die zunehmende Zahl gesunder, aktiver und kompetenter Rentner und Rentnerinnen bedeutet, dass wir immer mehr von zwei unterschiedlichen Alterskulturen ausgehen müssen. Zwei Alterskulturen, in welchen Menschenwürde ein völlig anderes Gesicht aufweist.

Für die aktiven, agilen Senioren ist die Teilnahme an und die Aktivität in der Gesellschaft Grundla-

ge für ein würdiges Leben. Die heutige Lage vieler Rentner bedeutet eigentlich eine enorme Ausweitung menschlicher Ressourcen und Kräfte. Schon jetzt vollbringen etliche Pensionisten eine beträchtliche Menge an unbezahlten Leistungen, indem sie in der Freiwilligenarbeit, ehrenamtlichen Ämtern oder der Familien- und Nachbarschaftshilfe tätig sind.

Für die Minderheit pflegebedürftiger alter Menschen ist eine andere Alterskultur notwendig, um ihre Würde zu wahren. Wichtig sind hier Solidarität und Anteilnahme, aber auch Rücksichtnahme auf ihre persönlichen Lebenserfahrungen. Ob in diesem Teil die Altersbetreuung zu Hause oder in einem Heim stattfindet, ist sicher auch von finanziellen Erwägungen abhängig. Derzeit werden bei der häuslichen Pflege pro Tag 100 Franken bezahlt. Ob diese 3000 Franken pro Monat einen genügenden finanziellen Anreiz zur häuslichen Pflege schaffen, ist zu hinterfragen. Um die familiäre Pflege möglichst erhalten zu können, sind Massnahmen notwendig, wie beispielsweise die Unterstützung und Entlastung des familiären Pflegenetzes. Dafür braucht es genügend professionelles Fachpersonal mit Herz.

Es besteht also ein Veränderungsbedarf nach einer adäquaten, den heutigen und zukünftigen Ansprüchen angepassten Alterspolitik, in der die Regierung den richtigen Weg eingeschlagen hat.

In der Rubrik Standpunkt äussern sich Mitglieder des Präsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.